



Fokusgruppendifkussion zur universellen familienbezogenen Suchtprävention anhand eines Leitfadens, 29 Juni 2012 in Bern

Teilnehmende:	Anliker Susanne (Fachhochschule Nordwestschweiz), Caspar Corinne (RADIX), Geiser Martin (Berner Gesundheit), Henz René (Perspektive Region Solothurn), Mülle Maya (Elternbildung CH), Scheuble Magie (Suchtpräventionsstelle Stadt Zürich)
Moderation:	Abderhalden Irene (Sucht Schweiz)
Protokoll:	Schmid Anna (Sucht Schweiz)
Beobachter:	Kuntsche Emmanuel (Sucht Schweiz)

1. Einschätzung der aktuellen Situation

Frage: Aus den Unterlagen, die wir Ihnen zugestellt haben und den Kurzpräsentationen von vorhin werden Angebote und Lücken in universellen familienbezogenen Suchtprävention in der Schweiz sichtbar. Teilen Sie diese Einschätzung? Wie würden Sie die Situation aus Ihrer Sicht und im Zusammenhang mit Ihrer Arbeit analysieren?

Grundsätzlich wird die Einschätzung von Sucht Schweiz geteilt und durch folgende weitere Diskussionspunkte ergänzt:

- Suchtpräventions- und Suchtberatungsstellen erreichen häufig die Eltern nicht und wenn, dann vor allem gut gebildete, integrierte Eltern. Generell fehlen **aufsuchende Projekte**, wie dies beispielsweise im Kanton Bern von Primano geleistet wird. Dieser Ansatz wird nicht nur im Bereich der selektiven sondern auch in der universellen Prävention als wichtig erachtet. Damit ist jedoch ein grosser Aufwand verbunden und es ist zu beachten, dass hier in der Regel schon andere Organisationen tätig sind. Mit diesen Kooperationen einzugehen und zusammenzuarbeiten könnte sinnvoller sein als eigene aufsuchende Projekte zu entwickeln.
- Zudem soll die **Ausschreibung idealerweise nicht über die Suchtpräventions- oder Suchtberatungsstelle** erfolgen, sondern über eine „neutralere“ Institution (z.B. Quartierzentrum). Die Suchtpräventionsfachstelle kann durch eine Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern ihre Themen in allgemeine Angebote integrieren. Auch sollte die Promotion eines Angebots möglichst auch „Mainstream PR-Kanäle“ einbeziehen, wie beispielsweise die Pendlerzeitung „20-Minuten“ (was allerdings oft mit sehr hohen Kosten verbunden ist).

2. Einschätzung der Best Practice Modelle

Frage: Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie im Hinblick auf Ihre Arbeit aus den vorgestellten Best-Practice-Modellen zur selektiven und indizierten familienbezogenen Suchtprävention?

- **Sensible Phasen, sensible Zeitfenster** (Übergangssituationen wie z.B. Schuleintritt, Schulaustritt, Lehrstellenbeginn etc.) werden als besonders wichtig erachtet in Bezug auf die Erreichbarkeit der Eltern.
- Forschungsergebnisse und persönliche Erfahrungen zeigen, dass die **Familie** aufgrund der starken gegenseitigen Vertrauensbeziehungen **ein guter Ort für Verhaltensänderungen darstellt**.

3. Verbesserungsvorschläge

Was sollte Ihrer Ansicht nach getan werden, um die Situation in der Schweiz (bezüglich universeller familienbezogener Suchtprävention) zu verbessern? Wie würden Sie die festgestellten Lücken schliessen? Welche Anregungen und Vorschläge haben Sie für die zukünftige inhaltliche Gestaltung der universellen familienbezogenen Suchtprävention?

- Die familienbasierte Suchtprävention müsste **so früh wie möglich ansetzen**, bereits in den Kitas, Spielgruppen und Kindergärten. Als Erfolgsbeispiel wird ein Projekt in Spielgruppen aus den Niederlanden genannt, in dem jeweils zwei Pädagoginnen mit klarer Kompetenzverteilung arbeiten: Eine Person ist zuständig für die Kinder und die andere Person für die Eltern. Die Mütterberatung wird hier in der Schweiz wiederum als idealer Ansatzpunkt genannt.
- **Webbasierte Zugänge sowie neue Medien** sollten vermehrt genutzt werden, um Eltern und Jugendliche zu erreichen.
- Die suchtpreventiven Angebote sollten **stärker zielgruppenspezifisch** ausgestaltet sein. Der Fokus sollte generell vermehrt auf die **sozialen Determinanten** gelegt werden. Eine Bedingung dafür sind **partizipative Vorgehensweisen**: Eltern sollten bereits in der Entwicklung des Projekts einbezogen werden: Mehr „mit den Eltern“ als „für die Eltern“.
- Allgemein sollten **mehr finanzielle Mittel** / Ressourcen für Angebote im Bereich der familienbasierten Suchtprävention zur Verfügung stehen.

4. Zukünftige inhaltliche Gestaltung

Welche Anregungen und Vorschläge haben Sie für die zukünftige inhaltliche Gestaltung der universellen familienbezogenen Suchtprävention?

- Elternbildungsangebote können die Eltern in ihrer **Erziehungskompetenz stärken** sowie ein **gesundes Aufwachsen** und die **Resilienz** der Kinder fördern. Suchtspezifische Inhalte haben dagegen mehr Informationscharakter. Als ein Erfolgsfaktor wird die „**positive**“ „**Ausschreibung**“ eines Angebots gesehen: Die Ausschreibung soll nicht (explizit) Sucht- oder andere Probleme in den Fokus setzen, sondern möglichst allgemeine und positiv formulierte Erziehungsthemen.
- Es existiert eine Studie in Deutschland, welche den **Zugang zu den Eltern** untersuchte. Ein elementares Ergebnis zeigt, dass sich die Eltern unter Druck gesetzt fühlen (Bsp: Aufruf zur Teilnahme durch die Schule).
- Auch sollten andere, **neue Formen des Austauschs zwischen den Eltern gesucht** werden (nicht nur „klassische Elternabende“ anbieten, sondern auch Peer-to-Peer Ansätze berücksichtigen). Die so genannten „Erziehungspartnerschaften“ zwischen Schule und Elternschaft haben sich nach Meinung der Expert/innen nicht überall bewährt. Zudem fehlen den Schulen häufig die notwendigen Ressourcen.
- Wichtig wären verbindliche Angebote. Auch nach der obligatorischen Schulzeit sollte über Lehrbetriebe und weiterführende Schulen die **Kontinuität der Elternarbeit** gewährleistet werden.
- Allgemein sollten **Angebote in verschiedenen Sprachen** stattfinden.

5. Zukünftige strukturelle Gestaltung

Welche Anregungen und Empfehlungen haben Sie in Bezug auf die Strukturen für die universelle familienbezogene Suchtprävention?

- Oft ist unklar, wer für die Zielgruppe „Familie, Eltern“ zuständig ist. So fehlen mancherorts **verbindliche Absprachen und Vernetzung**, beispielsweise zwischen der Schule, der Schulsozialarbeit und der Suchtprävention.



- Oft mangelt es an **Kohärenz** zwischen verschiedenen, "isolierten" Angeboten. Verbindliche Zusammenarbeit und Vernetzung z.B. im Rahmen eines **Interventionsnetzes** könnte einen Verbesserungsvorschlag darstellen. Die Angebote müssten optimaler in bestehende Strukturen eingebettet werden, was auch die Nachhaltigkeit verbessern würde. Ebenfalls zur Nachhaltigkeit beitragen würde die Verankerung auf politischer Ebene, insbesondere in den Gemeinden. Vernetzung und Zusammenarbeit müssen gepflegt werden und benötigen Ressourcen. In der gemeindeorientierten Suchtprävention konnten z. B. im Rahmen des nationalen Programms „Die Gemeinden handeln!“ (www.radix.ch/dgh) Erfahrungen gesammelt werden. Dieser Ansatz könnte mit einem stärkeren Fokus auf Familien weiterentwickelt werden.
- Betreffend Interventionssetting wird empfohlen, die Eltern möglichst auch **ausserhalb der Schule** zu erreichen, beispielsweise über Mütterberatungsstellen, aber auch im **Freizeitsetting**, z. Bsp. über Vereine.
- Auf politischer Ebene wäre es sinnvoll, ein **nationales Konzept** zur Förderung der Familienpolitik zu erstellen. Die Suchtprävention wäre dann ein Bestandteil eines solchen Konzepts. Die Projekte könnten so zum Beispiel durch das BAG eine Anstossfinanzierung erhalten und die Kantone würden zu einer Weiterfinanzierung verpflichtet. Dieser Prozess wäre sehr nachhaltig.

6. Weiterbildung / Ausbildung

Welche Kompetenzen sollten bei den Mitarbeitenden gefördert werden, um eine wirksame universelle familienbezogene Suchtprävention umzusetzen?

Gelten diese auch, um schwer erreichbare Zielgruppen anzusprechen?

- Insbesondere kleinere Stellen mit wenig Ressourcen können es sich nicht leisten, jeden Suchtpräventionsbereich mit spezifischer Expertise abzudecken. So macht es beispielsweise wenig Sinn, Mitarbeitende in der Elternbildung auszubilden, wenn danach das erworbene Wissen nur selten angewendet werden kann. Es wird empfohlen, **Pools mit verschiedenen Fachleuten** zu organisieren.
- In den Weiterbildungs- und Ausbildungsangeboten sollten die **Zugangsbedingungen für Migranten und Migrantinnen** verbessert werden. Dem **Diversity – Aspekt** sollte bereits in der Aus- und Weiterbildung stärker Rechnung getragen werden.
- Es sollten mehr **Anreize** geschaffen werden, um Weiterbildungen zu finanzieren.
- Die Definition eines CAS für Elternbildung könnte eine weitere Aufwertung der Elternarbeit bringen.
- Bei Schulungen von Eltern wie auch von Fachleuten sollte jeweils eine Co-Animation mit VertreterInnen **beider Geschlechter** erfolgen.

7. Rolle von Sucht Schweiz und weiteren Akteuren

Welche Rolle und Funktion könnte Sucht Schweiz im Bereich der universellen familienbezogenen Suchtprävention übernehmen? Welche anderen AkteurInnen sind in diesem Bereich wichtig?

- Sucht Schweiz könnte gegebenenfalls die **Entwicklung von Pilotprojekten unterstützen**. Wichtig wäre die frühzeitige Einplanung nötiger Ressourcen für die Multiplikation in andere Kantone. Zudem sollten die Projekte bzw. die Ressourcenplanung möglichst nachhaltig sein (z.B. Anstossfinanzierung durch das BAG und Verpflichtung zur Weiterfinanzierung der Kantone). Häufig leiden die Angebote an den kurzfristigen Finanzierungsstrukturen, die zu einem Versanden der Projekte führen, auch wenn diese erfolgreich sind.

- Es wird als sinnvoll erachtet, wenn eine nationale Organisation wie Sucht Schweiz eine **nationale internetbasierte Übersicht** über die verschiedenen familienbasierten Angebote in der Schweiz sowie die Best Practices anbieten könnte.
- Bei Projektentwicklungen sollten **regionale Unterschiede beachtet** werden, kein „Top-Down Vorgehen“.
- Die **Bedürfnisse der Eltern** sollten auch von Sucht Schweiz erfasst werden, indem zum Beispiel zusätzlich noch Fokusgruppen mit Eltern durchgeführt werden.

8. Weitere Empfehlungen

Haben Sie Vorschläge und Empfehlungen zur Förderung universeller familienbezogener Suchtprävention, die bisher nicht zur Sprache kamen?

- **Forschung** rund um das Setting Familie: Als Beispiel wäre es interessant herauszufinden, welche familieninternen Dynamiken Verhaltensveränderungen fördern.
- Das **politische Verständnis** für familienbasierte Suchtprävention sollte auf allen Ebenen - national, kantonal und auf der Ebene der Gemeinde - stärker gefördert werden. Auch der Bund müsste sich in der Familienpolitik stärker engagieren. Bei der familienbasierten Suchtprävention handelt es sich um eine substanzunspezifische Prävention, was jedoch den Finanzierungsstrukturen des Bundes (BAG) widerspricht.